

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P./XVIII/196

Bonn, den 8. Oktober 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Ordnungsfunktion der Tarifpartner</u> Lohnpolitik in der modernen Industriegesellschaft	73
3	<u>Die CDU hat keine Lords</u> Vergleichende Betrachtungen zu einer Fernsehsendung	24
3	<u>Die Warnung der Bausparkassen</u> Drastische Einschränkung der Sparförderung ?	21
4 - 5	<u>Als ob nichts geschehen wäre</u> Zur 50. Wiederkehr des Freideutschen Jugendtages auf dem Hohen Meisner Von Waldemar Ritter	76
6	<u>Gerhardsen wieder im Amt</u> Weitreichende Pläne der Regierung Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten	45

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Ordnungsfunktion der Tarifpartner

---

### Lohnpolitik in der modernen Industriegesellschaft

sp - Es ist unausbleiblich, daß nach einer Fachtagung, bei der die kompliziertesten Probleme der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik diskutiert werden, in der publizistischen Auswertung unterschiedlichen Deutungen ausgesetzt sind. Je nach dem Standort, von dem aus eine Zeitung oder Zeitschrift an diese Probleme herangeht, wird man hier die Finanzpolitik, dort die Handels- oder Wirtschaftspolitik und wieder woanders das Verhältnis der Lohn- und Gehaltsempfänger zu den Produzenten in den Mittelpunkt der Betrachtungen stellen.

Einige Zeitungen haben in ihren bemerkenswerten Kommentaren zu der Wirtschaftspolitischen Tagung der SPD in Essen gemeint, man habe dort angedeutet, die Sozialdemokraten hielten eine aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften für überflüssig.

Natürlich ist das ein Irrtum. So hat Prof. Dr. Karl Schiller in seinem Referat "Stetiges Wirtschaftswachstum als ökonomische und politische Aufgabe" im Zusammenhang mit einer Arbeitsmarktpolitik, die besonders der erhöhten Mobilität der Arbeitskräfte zu dienen hat, weitere Aufgaben für die Gewerkschaft herausgestellt. Diese müßten sich ständig auf neue Berufsgruppen und auf neue Einkommensrelationen einstellen. Die Neuadjustierung der Lohn- und Gehaltsrelationen werde auf mittlere Frist geradezu ein gut Teil der Schwierigkeiten beheben, die sich in unserer überaus dynamischen Wirtschaftsgesellschaft ergeben. Wörtlich sagte Professor Schiller:

- \* "In einer wachsenden Wirtschaft mit Fortschrittsprofiten,
- \* Markttagengewinnen und Monopolrenten wird es in mehr oder
- \* weniger regelmäßigen Abständen immer eine Marge für neue
- \* Verhandlungen geben. Das Streben der Gewerkschaftsführer,
- \* der wirtschaftlichen Entwicklung unaufhörlich auf den Fersen zu sein, gehört durchaus zum Expansionsprozeß."

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Heinrich Deist nannte in seinem Referat "Die Wirtschaft im demokratischen und sozialen Rechtsstaat" die Tarifautonomie der Arbeitsmarktparteien "ein Ordnungs-

system das auf vier wesentlichen demokratischen Ordnungsprinzipien beruht". Er zitierte zustimmend aus einem Vortrag, den Professor Meinhold im Mai 1963 vor den Arbeitgeberverbänden in Baden-Baden gehalten hatte. Danach ist es

- \* "die für manchen unangenehme Wahrheit, daß es keine objektive Lohnpolitik gibt, daß uns also nichts anderes übrig bleibt, als die Gegensätze auszudiskutieren und, wenn das nicht zum Ergebnis führt, sie a u s z u k ä m p f e n."

Professor Meinhold hatte darauf hingewiesen, daß bei den Tarifverhandlungen auch über jenen Bereich von Fragen gesprochen werden muß, den bisher die Unternehmer im wesentlichen für sich beanspruchen, so etwa über die Investitionsrate der gesamten Volkswirtschaft und ihrer Hauptbranchen. Dr. Beist schloß aus diesen beiden Momenten,

- \* "wie stark die Tarifparteien bereits heute in eine Ordnungsfunktion hineingewachsen sind, die sie mit allen ihren Konsequenzen anerkennen müssen, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wollen."

Dr. Klaus Dieter Arndt vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin berührte in seiner Grundsatzdarstellung eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik, als er von den Arbeitnehmern sagte:

- \* "Sie - die Arbeitnehmer - haben das größte Beschäftigungsrisiko zu tragen und sollten finanziell in die Lage versetzt werden, sich einem unzumutbaren Betriebsklima auch in Zeiten entziehen zu können, in denen der höchste Unternehmer sie nicht gleich mit offener Armen aufnimmt."

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Regierender Bürgermeister Willy Brandt, betonte in seinem Schlußwort noch einmal:

- \* "die Bewahrung der Selbstverwaltung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Regelung der Arbeitsbedingungen, die Stärkung der selbstverantwortlichen Mitwirkung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft."

Diese klaren Aussagen von Prof. Schiller, Bundestagsabgeordneter Dr. Heinrich Beist, Dr. Klaus Dieter Arndt und Willy Brandt sind ein Bekenntnis der Sozialdemokratie zur entscheidenden Rolle der Gewerkschaften als mitbestimmenden Element unserer Wirtschaft. Aus der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ergibt sich, daß andere Überlegungen undenkbar sind. Auch der Verlauf der Tagung in Essen hat das bestätigt.

### Die CDU hat keine Lords

---

#### Vergleichende Betrachtungen zu einer Fernsehsendung

sp - Nicht nur mit Keid haben Westdeutschlands Fernseher am Montagabend den für unser immer muffiger werdendes Klima kaum noch glaubhaften Disput zwischen einem britischen TV-Reporter und einem höchst prominenten konservativen Lord miterlebt. Das Diskussions-Thema, der Skandal um den wegen seiner Verlogenheit und seinem suspekten Lebenswandel geschafften Ex-Heeresminister Profumo, war heißer als heiß und die Erregung des mit unterkühlter Schärfe befragten Lords daher durchaus verständlich. Aber der Lord stand ebenso seinen Mann wie der Reporter. Der Keid ist es aber nicht allein, der Westdeutschlands Fernsehgemeinde seit diesem Montagabend bewegt. Dazu kommt die Skepsis, ja der Unglaube, daß die westdeutsche Bruderpartei der britischen Konservativen so einen Mann wie Lord Hailsham auf die Beine und vor die Fernsehschirme zu bringen vermöchte. Wer spricht denn heute für diese CDU, von der CSU ganz zu schweigen? Ein Herr Rasner, dem Worte wie "Ganovenmoral" ohne Hemmungen über die Lippen rutschen, wenn er Journalisten, die sich eines bösen Fehlers schuldig gemacht haben, in Bausch und Bogen diskriminieren will, von dem aber niemand auch nur einen Muckser gehört hat, als der damalige Bundesverteidigungsminister Strauß vor dem Bundestag an der Wahrheit vorbeigeredet hat. - In einer Originalsendung des britischen "Panorama" haben viele Millionen Westdeutsche die vernichtenden Urteile über einen Minister vernommen, der vor dem Londoner Unterhaus das Unterhaus belogen hat. Wenn man Herrn Rasner natürlich auch nicht mit Lord Hailsham vergleichen kann, aber er gehört eben doch zur Prominenz der CDU. Und die CDU hat keine Lords.

+ + +

### Warnung der Bausparkassen

---

#### Drastische Einsparung der Sparförderung?

sp - Viele hunderttausende Bürger der Bundesrepublik legen, meist unter Konsumverzicht, Mark auf Mark zur Seite, um für ihr Alter zu sorgen oder Eigentum zu erwerben. Zur beliebtesten Form des Sparens gehört das bisher prämienebegünstigte Bausparen; bei den Bausparkassen, den öffentlichen und privaten, liegen Abschüsse in der Höhe von rund 20 Milliarden DM vor. Unter dem Stichwort "Harmonisierung der Sparförderung" werden im Bundesfinanzministerium Pläne ausgearbeitet, die geradezu eine Dezimierung der Sparförderung heraufbeschwören. So lautet das Verdikt des Verbandes privater Bausparkassen. Sie sehen mit Sorge, sollten die Pläne des Bundesfinanzministeriums Gesetz werden, einer Entwicklung entgegen, die sich hoffend auf den Sparwillen auswirken würde, ja vielen die Lust zum Sparen nehmen wird. Betroffen würde der Mittelstand und die gehobenen Arbeitnehmerschichten. Die kleineren Bausparer müßten noch länger auf die Zuteilung warten, der Bau von Wohnungssparern soweit er über Bausparkassen finanziert wird, würde darunter leiden. Das Bundesfinanzministerium läßt sich in seinen Vorstellungen von rein fiskalischen Gesichtspunkten leiten, die gesellschaftspolitischen Fallien dabei unter den Tisch. Was bliebe dann noch von der weitgerühmten Eigentumbildung, einem angeblichen Kernstück der Regierungspolitik? Hier weiß wirklich nicht die eine Hand, was die andere zu tun beabsichtigt.

+ + +

Als ob nichts geschehen wäre

---

Zur 50. Wiederkehr des Freideutschen Jugendtages  
auf dem Hohen Meißner  
Von Waldemar Ritter

- \* "Die Freideutsche Jugend will aus eigener Bestimmung, vor
- \* eigener Verantwortung, mit innerer Wahrhaftigkeit ihr Le-
- \* ben gestalten."

Dieses unter dem Schlagwort "Meißner-Konfession" bekanntgewordene Bekenntnis haben am 11. und 12. Oktober 1913 eine große Zahl von Bänden der Jugendbewegung zum "Freideutschen Jugendtag" auf dem Hohen Meißner abgelegt. Wenn das Bekenntnis auch schon damals die Flucht aus der verfahrenen Diskussion über ein gemeinsames Programm der Jugendbewegung gewesen ist, so wurde es dennoch eine Art Grundgesetz, nicht nur für die damaligen Teilnehmer, sondern auch für viele Erwachser, die in ihrer Jugendzeit durch diese Bewegung stark geprägt worden sind. Es ist daher verständlich, daß die Angehörigen der alten Jugendbewegung fünfzig Jahre danach ihr Jubiläum feierlich begehen wollen. Genauso verständlich ist es aber auch, daß außer der recht kleinen und zersplitterten Bündischen Jugend die deutsche Jugend, so wie sie sich im Deutschen Bundesjugendring repräsentiert, an der Meißner-Feier nicht teilhaben wird.

Trennungsstrich

Mit diesem bemerkenswerten Schritt hat der Deutsche Bundesjugendring einen weithin sichtbaren Trennungsstrich zwischen der ehemaligen Jugendbewegung und der heutigen Jugendarbeit gezogen. Dabei hat der Bundesjugendring trotz der Tatsache, daß auch dem Treffen vor fünfzig Jahren, ein Erfolg im Hinblick auf eine dauerhafte freundschaftliche Zusammenarbeit der vielfältigen Bünde nicht beschieden war und sich die Vorstellung eines eigenen "Jugendreiches" - aus heutiger Betrachtung - als romantisch-verklärt und von den Aufgaben der Gesellschaft ablenkend erwies, durchaus, "daß die Jugendbewegung, besonders im Hinblick auf die Prägung des Lebensstils der nachfolgenden Generation und auf die Grundlegung der Formen jugendlichen Gemeinschaftslebens einen starken Einfluß ausgeübt hat".

Zweifellos sind auch in den heutigen Jugendverbänden verschiedene Aspekte der Jugendbewegung aufgenommen, verarbeitet und fortentwickelt worden. Darüber hinaus aber haben die heutigen Jugendverbände neue und andere Antworten auf die Fragen einer veränderten Zeitsituation finden und geben müssen. Der Hohen Meißner kann daher bei realistischer Betrachtungsweise für sie nur ein Teil des zu verarbeitenden geschichtlichen Erbes nicht aber Ansatzpunkt für ihre heutigen und künftigen Aufgaben sein. Im Gegenteil:

- \* "Die Festigung eines friedlichen Zusammenlebens der Völker,
- \* die Durchsetzung der Freiheitsrechte für alle Menschen, die
- \* friedliche und freiheitliche Wiedervereinigung unseres Lan-

- \* des. die Förderung sozialer Gerechtigkeit, die feste Veranke-
- \* rung einer demokratischen Lebensordnung durch politische Bil-
- \* dung, die Befähigung zu menschenwürdiger Selbstbehauptung in
- \* Arbeitsleben und in der Freizeit einer hochindustrialisierten
- \* Gesellschaft sind die Hauptaufgaben, bei deren Lösung die Ju-
- \* gendverbände unserer Zeit ihren Teil erfüllen müssen und wol-
- \* len. Zur Verstärkung ihrer Kräfte bedienen sich die demokrati-
- \* schen Jugendverbände unseres Landes dabei des Deutschen Bundes-
- \* jugendrings, den sie als tragfähige Plattform für das Zusammen-
- \* wirken der unterschiedlich gerichteter Verbände zur Erfüllung
- \* der Gemeinschaftsaufgaben verstehen."

Auf der Grundlage dieser gesellschaftspolitischen Sicht werden die im Deutschen Bundesjugendring zusammengeschlossenen Verbände an dem Meißner-Treffen nicht teilnehmen "da die Erinnerung für die heute zu erfüllenden Aufgaben moderner Jugendverbände, noch diese Veranstaltung Plattform für Aussagen über künftige Ziele deutscher Jugendarbeit sein kann".

#### Innere Wahrhaftigkeit

Mit dieser Feststellung haben sich die Deutschen Jugendverbände klar abgegrenzt, insbesondere von den klischeehaften Vorstellungen mancher unserer Zeitgenossen, die von außen her immer wieder den Maßstab der alten Jugendbewegung an die heutige Jugendarbeit anlegen wollen.

Man könnte, um mit einem hervorragenden Publizisten der jungen Generation in Deutschland zu sprechen, die Jugendbewegung zu einem abgeschlossenen historischen Ereignis deklarieren, über das sich ohne Zorn und Eifer diskutieren ließe. Aber gerade dagegen wehren sich einige Repräsentanten der ehemaligen Jugendbewegung. Sie wollen die Realität einer schon längst zu Ende gegangenen Jugendbewegung nicht wahr haben. Sie meinen, auch unsere Gegenwart müsse vor damals her beurteilt werden, so als ob seit dieser Zeit nichts geschehen wäre, nicht eine andere gesellschaftliche Situation und nicht ganz andere Erfahrungen und Erkenntnisse hinzugekommen wären, die die Erkenntnisse von damals in Frage stellten und sie zum größten Teil als unrichtig erwiesen.

Daß alle großen und bedeutenden deutschen Jugendverbände das deutlich erkannt und auch ausgesprochen haben, ist ein gutes Stück innerer Wahrhaftigkeit.

Gerhardsen wieder im Amt

Weitreichende Pläne der Regierung

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Neue Perspektiven ergeben sich aus der Regierungserklärung, mit der die neue Legislaturperiode des norwegischen Parlaments eröffnet worden ist. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei ist entschlossen, die Wirtschaftsdemokratie in Norwegen weiterhin zu verbreiten und zu vertiefen. Das soll durch neue Planungen geschehen, die sämtliche Sparten des Gesellschaftslebens umfassen und Norwegen sowohl in geistiger wie auch in materieller Hinsicht auf des 70. Dezenium vorbereiten. Die Regierung Einar Gerhardsen, die nach vierwöchigem Zwischenspiel die Verantwortung wieder übernahm, ist sich bewußt, daß es über die Regierungsziele viel Streit mit den nicht-sozialistischen Oppositionsparteien geben wird, vor allem über die Finanzierung und die Verwendung der Mittel, die aufgebracht werden müssen. Das erweiterte sozialdemokratische Programm ist aber so bedeutungsvoll, daß die Regierung bereit ist, diesen Kampf aufzunehmen.

Im Mittel- und Brennpunkt steht der Vorschlag, eine neue Pensionsordnung einzuführen, die jedermann zugute kommen soll. Grundsätzlich sollen zwei Drittel des Gehalts als Pension bereitgestellt werden, wobei die Maximierungsgrenze vorerst auf 10 000 Kronen jährlich (etwa 6 000 DM) festgesetzt wurde. Es soll ein öffentlicher Fonds gebildet werden, getragen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der eine Gesellschaft verwalten wird. Die dadurch bereitgestellten finanziellen Mittel sollen zur Förderung des wirtschaftlichen Aufbaus Norwegens verwendet werden.

Selbstverständlich vergehen Jahre, bevor das Programm in allen Einzelheiten durchgeführt ist. Zunächst wird die allgemeine, gesetzlich verankerte Altersversorgung ausgebaut. Zum Jahresende sollen die Versorgungstarife erhöht werden. Zugleich wird eine neue Verordnung für Witwen und alleinstehende Frauen und Mütter mit versorgungsbedürftigen Kindern erlassen werden. Weiterhin soll auf sozialpolitischem Gebiet die Erhöhung der gesetzlichen Ferien auf vier Wochen jährlich festgelegt und die Frage der Arbeitszeitverkürzung gründlich untersucht werden.

Im Bereich der staatlichen Industriegesellschaften sieht das Regierungsprogramm Verbesserungen vor. Die öffentlichen Unternehmen sollen umorganisiert werden. Die Regierung hat ein Gesetz angekündigt, wodurch die Arbeitnehmer das Mitbestimmungsrecht erhalten sollen. Hinzu kommt, daß auch in den privaten Gesellschaften die Betriebsdemokratie gesichert werden soll. Die Gemeinschaft innerhalb der Gesellschaft wird gefördert, um die Aufgaben zu sichern, die im Zusammenhang mit der industriellen Modernisierung stehen. Die Regierung schlägt vor, Planungskommissionen einzusetzen, die einen verstärkten Einsatz im Unterricht, in der Forschung, im Verkehr sowie bei der Erschließung der Kraftquellen garantieren.

Die Regierung Gerhardsen hat die Initiative ergriffen und ist entschlossen, in kürzester Zeit die demokratische Ordnung in Wirtschaft und Gesellschaft voll und ganz zu erreichen.